

## Die Einschränkung der Bierproduktion.

Der Bundesrat wird, wie bereits angekündigt, in diesen Tagen eine erhebliche Einschränkung des Malzverbrauchs für Brauereizwecke und damit der Bierproduktion überhaupt verfügen, um eine für die Volksernährung zweckmäßigere Verwendung der Gerste für menschliche Nahrung und als Viehfutter zu ermöglichen. Die Angaben über das Maß der geplanten Einschränkung schwanken, es scheinen endgültige Beschlüsse darüber auch noch nicht gefaßt. Nach Mitteilungen, die uns zugehen, wird die Einschränkung voraussichtlich vom 15. bis 28. Februar etwa die Hälfte, vom 1. März dagegen mehr als die Hälfte der durchschnittlichen Friedens-Produktion (also nicht der bereits eingeschränkten jetzigen Produktion) betragen.

Diese Maßnahmen der Regierung werden natürlich von einschneidender Bedeutung für die Brauereindustrie und das Brauergewerbe werden. Bierproduzenten und Wirte leiden schon jetzt erheblich unter der durch den Krieg hervorgerufenen Konsum-Beschränkung, die vielleicht mit 20 Prozent des Friedensabfahes nicht zu hoch eingeschätzt ist. Wenn nun die Bierproduktion eine derart starke weitere Verminderung erfährt, besteht die Gefahr, daß die Brauereien nur die zahlungsfähigsten unter ihren Abnehmern mit Lieferungen berücksichtigen, und daß die Existenz vieler Wirte, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können, in Frage gestellt wird. Im Interesse der Brauindustrie selbst und ihrer Arbeiter nicht minder als in demjenigen der Wirte läge es deshalb, wenn es den Brauereien gelänge, die weitere Verminderung des Malzverbrauchs nicht durch eine Verringerung des Bierquantums, sondern durch eine andere Zusammensetzung des Bieres zu erreichen. Es ist hier neulich schon darauf hingewiesen worden, daß die Brauereien eine Verminderung des Gersteverbrauchs erzielen könnten, wenn sie wieder mehr zu dem leichteren, obergärigen Bier übergingen, das früher allgemein üblich gewesen ist, bevor man sich an das schwere, für den Export geeignetere Bier gewöhnte: eine Verminderung des Gersteverbrauchs und eine Verminderung des Alkoholgehalts wäre die Folge. An etwas ähnliches scheint man auch in Berlin zu denken: nach unserer Berliner Meldung im gestrigen Zweiten Morgenblatt planen die Brauereien, um ihre Betriebe möglichst in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, die Herstellung eines dünnen Bieres, eines sogenannten Kriegsbieres — sie würden damit eine ähnliche Anpassung vornehmen, wie jetzt zum Beispiel die Konditoren, die eben in Berlin eine Ausstellung von Kriegskuchen veranstalten, eine reich besichtigte Schau der verschiedensten Leckereien unter genauer Einhaltung der Bundesrats-Bestimmungen. Ob das neue Bier nun auch eine Leckerei werden wird, muß man abwarten: sonst wäre diese Verminderung der Annehmlichkeiten des Daseins auch zu ertragen! Allerdings hören wir auch von einzelnen Brauereien, daß sie dieser Möglichkeit der Betriebsanpassung sehr skeptisch gegenüberstehen: selbst eine Streckung um etwa 10 Prozent würde, so argumentieren sie, dem Produzenten nur einen ganz minimalen Vorteil gewähren, während sie die Qualität so ungünstig beeinflussen müßte, daß nur ein noch weiterer Rückgang des Konsums die Folge wäre. Wir registrieren das, ohne uns selbst ein Urteil zu erlauben. Nur das möchten wir bemerken: die deutsche Industrie hat in diesen Kriegsmonaten eine so starke Anpassungsfähigkeit bewiesen, daß man hoffen darf, sie werde auch mit diesem Problem fertig werden. Und es ist schon sehr viel gewonnen, wenn die Betriebsleiter sich klar machen, daß der Erfolg nicht bei demjenigen liegt, der eine Aufgabe von vornherein für unmöglich erklärt und nun fatalistisch die Hände in den Schoß legt, sondern bei dem anderen, der die Schwierigkeiten mutig aufgreift, um sie zu überwinden. Im übrigen wird es auch ohne Beteiligung der Konsumenten nicht abgehen. Die Bierbrauerei — die als beliebtestes Steuerobjekt jeder Finanzreform vielfach ohnehin nicht auf Rosen gebettet ist — hatte schon vorher eine Bierpreiserhöhung geplant, die zum Teil der Industrie, zum anderen Teil den Wirten zugute kommen sollte. Jetzt wird diese Preiserhöhung voraussichtlich noch umfangreicher ausfallen. Man wird, wenn die Erhöhung sich in gerechten Grenzen hält, dagegen kaum etwas einwenden können — die Gesamtheit hat in diesen Kriegszeiten nur das Interesse, daß die notwendigen Nahrungsmittel in genügendem Maße und zu erschwinglichen Preisen verfügbar bleiben, der Luxus (und das ist ja in gewissem Sinne auch der Biergenuß) hat erst in zweiter Linie zu stehen.

bleibt natürlich die Frage, ob die Einschränkung der Bierproduktion überhaupt nötig ist. Und da gibt es allerdings Physiologen, die von einer anderweitigen Verwendung der Braugerste kaum eine Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung erwarten, weil z. B. für die Viehfütterung schon jetzt die Abfälle der Biererzeugung nutzbar gemacht werden und auch im Bier der Nahrungsgehalt der menschlichen Ernährung zugute komme. Aber andere Auffassungen stehen dem entgegen. Und man muß annehmen, daß die Regierung die Frage genau — sie hat ja lange genug gezögert — mit Sachverständigen erörtert und ihre neuen Maßnahmen nur infolge der Erkenntnis ihrer Notwendigkeit getroffen hat. Diese Notwendigkeit aber haben sich dann alle Betroffenen zuzufügen. Ohne Härte ist keine der zahlreichen Kriegsveränderungen im Wirtschaftsleben, einzelne haben immer zu leiden, aber das Interesse des Einzelnen muß hinter dem des Ganzen zurückstehen.